



Nr. 23

23. Juni 2023

Inhalt

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes
[Staatsdienst: Wertschätzen statt Wegschauen](#)

Gespräch im Innenausschuss des Bundestages
[Silberbach: „Die Arbeit beim Bund muss viel attraktiver werden“](#)

dbb Bundesvorstand in Hannover
[Stephan Weil: Starker Staat braucht starken öffentlichen Dienst](#)

dbb unterstützt Aufruf
[Nationaler Bildungsgipfel soll grundlegende Reformen einleiten](#)

Deutsche Rentenversicherung Bund
[Sozialwahl voller Erfolg für den dbb](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen
[Bündnis für Bildungsfreistellung](#)

Bund Deutscher Forstleute (BDF)
[Wegen Wetterextremen: Aufforstung gefordert](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)
[Lehrerbildung: Staatsexamen wiedereinführen](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
[Kultusministerkonferenz bei vielen Themen unter Druck](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Internationaler Tag des öffentlichen Dienstes Staatsdienst: Wertschätzen statt Wegschauen

Immer mehr Aufgaben, immer weniger Leute: Der öffentliche Dienst steht vor einem tiefgreifenden Wandel. Höchste Zeit, die Leistungen der Beschäftigten zu würdigen und sie zu unterstützen.

„Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst halten Deutschland am Laufen – Tag für Tag und rund um die Uhr. Ob in der Polizei, in den Schulen, in den Krankenhäusern, in der Verwaltung oder im Nah- und Fernverkehr: Sie sind unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Wir wollen daher den morgigen Tag des öffentlichen Dienstes dafür nutzen, ihnen unseren Dank auszusprechen und ihren unermüdlichen Einsatz zu würdigen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach im Vorfeld des Jahrestags am 23. Juni 2023.

Leider ginge die Wertschätzung der Bevölkerung gegenüber dem öffentlichen Dienst immer häufiger verloren, kritisierte Silberbach: „Täglich werden Beschäftigte bei ihrer Arbeit bedroht, beleidigt oder angegriffen. Das ist ein untragbarer Zustand. Diese Menschen setzen sich mit Expertise und Herzblut dafür ein, dass unser alltägliches Leben funktioniert.“

Um Deutschland am Laufen zu halten, müsse man auch den öffentlichen Dienst am Laufen halten. Silberbach: „Wir brauchen mehr Investitionen in den öffentlichen Dienst. An vielen

Stellen fehlt es an Menschen und Ausstattung, um die Funktionsfähigkeit der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Der Fachkräftemangel sorgt für Unterbesetzung, was wiederum am verbleibenden Personal zehrt. Um neue Fachkräfte zu gewinnen und bestehende zu halten, müssen die Arbeitsbedingungen insgesamt besser werden.“ Die Digitalisierung sei ein notwendiger Schritt, damit die tägliche Arbeit weniger Zeit und Personal erfordere. „Aber Digitalisierung entsteht nicht aus dem Nichts. Auch dafür braucht es Investitionen“, betonte Silberbach.

„Der öffentliche Dienst hat sich durch die Krisen der letzten Jahre hinweg als Stabilisator erwiesen. Die Politik darf nicht zulassen, dass dieser Stabilisator durch Wegschauen ins Wanken gerät“, machte Silberbach deutlich.

Hintergrund: Der Tag des öffentlichen Dienstes wurde 2003 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um die Arbeit im öffentlichen Dienst und die Menschen dahinter zu würdigen. Er findet jedes Jahr am 23. Juni statt.

Gespräch im Innenausschuss des Bundestages Silberbach: „Die Arbeit beim Bund muss viel attraktiver werden“

Hoher Altersdurchschnitt, lange Arbeitszeiten, verfassungswidrige Besoldung: Bei der Nachwuchsgewinnung gerät die Bundesverwaltung ins Hintertreffen, warnt der dbb.

„Mehr als 30 Prozent der Beschäftigten sind über 55 Jahre alt und werden absehbar in den Ruhestand gehen. Mehr als 55 Prozent sind über 45 Jahre. Ich habe nicht den Eindruck, dass der Bundesregierung die Dramatik hinter diesen Zahlen vollumfänglich bewusst ist. Die Arbeit in der Bundesverwaltung muss viel attraktiver werden, sonst wird sie eher früher als später personell ausbluten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach beim Arbeitsgespräch mit den Mitgliedern des Innenausschusses im Deutschen Bundestag am 21. Juni 2023.

Die Probleme seien vielfältig, erklärte der dbb Chef: „Alle Welt redet über die Vereinbarkeit

von Privatleben und Beruf, der Trend geht klar hin zu einer kürzeren Wochenarbeitszeit. Für die Beamtinnen und Beamten des Bundes gilt dagegen immer noch die 41-Stunden-Woche. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Ganz abgesehen davon, dass die Erhöhung ursprünglich temporär sein sollte – nun aber schon über 17 Jahre gilt. Außerdem hat die Bundesregierung zwar den Tarifabschluss aus dem April auf Besoldung und Versorgung übertragen – was wir ausdrücklich begrüßen –, aber immer noch keinen Gesetzentwurf für die Lösung der grundsätzlichen Probleme bei der amtsangemessenen Alimentation vorgelegt. Es ist offen gesagt ein Armutszeugnis, dass die Bezahlung weiterhin nicht den verfassungsrechtlichen Vorgaben

entspricht. Werbung in eigener Sache ist das alles nicht, wenn man junge Menschen für die Arbeit in der Bundesverwaltung gewinnen will.“

Silberbach mahnte außerdem, das Thema „Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“ aus den Augen zu verlieren. „Jeder vierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst hat bei seiner Tätigkeit bereits Gewalt am Arbeits-

platz erfahren, wie eine vom Bundesinnenministerium selbst in Auftrag gegebene Studie im vergangenen Jahr gezeigt. Diese hohe Zahl war selbst für viele Fachleute erschütternd. Doch die Erkenntnis nutzt wenig, wenn darauf keine Taten folgen. Wir wollen deshalb mit Bund, Länder und Kommunen die Gewaltprävention und den Schutz aller Mitarbeitenden konsequent weiterentwickeln.“

dbb Bundesvorstand in Hannover

Stephan Weil: Starker Staat braucht starken öffentlichen Dienst

Für den Staat der Zukunft ist die Nachwuchsgewinnung von zentraler Bedeutung. Das hat Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil vor dem dbb Bundesvorstand bekräftigt.

„Wir erleben grundlegende Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen in rasender Geschwindigkeit: Pandemie, Digitalisierung, Demografie, Klimawandel, Migration. Die daraus resultierende Verunsicherung der Menschen ist eine enorme Herausforderung für den Staat und seine Beschäftigten. Dass wir durch die Krisen der vergangenen Jahre relativ gut durchgekommen sind, haben wir vor allem den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst zu verdanken. Ohne einen starken öffentlichen Dienst gibt es keinen starken Staat“, sagte Weil am 19. Juni 2023 in Hannover bei der dortigen Sitzung des dbb Bundesvorstands. „Das alles wird zukünftig nicht ohne wirksame Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung funktionieren und dabei wird es dann auch um attraktive Einkommensbedingungen gehen. Wir leiden jetzt schon an einem eklatanten Fachkräftemangel im IT-Sektor und bei allen Bauberufen. Hier werden wir bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst viel flexibler sein müssen, sonst hängt uns die Privatwirtschaft ab.“

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach verwies in diesem Zusammenhang auf die im Herbst anstehende Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder: „Benchmark ist der

Abschluss mit Bund und Kommunen aus dem Frühjahr. Denn Wettbewerb gibt es nicht nur zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft, sondern auch zwischen den Gebietskörperschaften. Hier haben die Länder also bald Gelegenheit, mindestens nachzuziehen.“ Silberbach verwies außerdem darauf, dass zu guten Arbeitsbedingungen mehr als nur faire Einkommen gehören. Mittlerweile seien durch die wachsende Gewaltbereitschaft selbst elementarste Dinge wie der Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Beschäftigten gefährdet: „Egal ob Erzieherin, Jobcentermitarbeiter, Polizist oder Lehrerin - inzwischen sind nahezu alle Berufsgruppen im öffentlichen Dienst von Übergriffen und Gewalterfahrungen betroffen. Gerade angesichts des eklatanten Nachwuchsmangels ist es wichtig, dass potentielle Bewerber nicht den Eindruck bekommen, ihre Dienst- beziehungsweise Arbeitgebenden seien nicht Willens oder in der Lage, sie vor Übergriffen im Dienst zu schützen.“

Der Bundesvorstand ist zwischen dem alle fünf Jahre stattfindenden dbb Gewerkschaftstag das wichtigste Beschlussgremium des Dachverbands. In ihm sind alle 41 dbb Fachgewerkschaften und die 16 Landesbünde mit ihren Vorsitzenden vertreten.

dbb unterstützt Aufruf

Nationaler Bildungsgipfel soll grundlegende Reformen einleiten

**Die Lösung der Probleme im Bildungssystem duldet keinen Aufschub. Ein breiter Kreis aus Stif-
tungen, Verbänden und Gewerkschaften appelliert daher an die Politik.**

Leistungsdefizite, Chancenungleichheit, Lehrkräftemangel: Die massiven Probleme im deutschen Bildungssystem verletzen nach Auffassung der beteiligten Organisationen die Rechte jedes einzelnen Kindes und Jugendlichen auf bestmögliche Bildung und haben Folgeschäden für die gesamte Gesellschaft. Deshalb erfordern sie politisches Handeln in gesamtstaatlicher Verantwortung von Bundeskanzler Olaf Scholz und den Regierungschefinnen und -chefs der Länder. Sie sind aufgefordert, mit einem Nationalen Bildungsgipfel einen grundlegenden Reformprozess im Bildungswesen einzuleiten.

„Die Alarmsignale sind längst unverkennbar und zeigen sich bereits in der frühen Bildungsphase: Bundesweit fehlen hunderttausende Kita-Plätze, zudem können viele Kitas aufgrund einer nicht kindgerechten Personalausstattung ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen. An den Grundschulen wiederum gehen die Leistungen seit Jahren zurück, vor allem in den Basiskompetenzen Lesen, Schreiben, Zuhören und Rechnen. Auch an den weiterführenden

Schulen sinkt das Leistungsniveau auf allen Ebenen dramatisch. Der Anteil der Jugendlichen ohne Schulabschluss bleibt hoch. Zugleich wächst die Zahl junger Menschen, die im Berufsleben den Anschluss verlieren: Mehr als eine halbe Million junge Erwachsene zwischen 20 und 34 Jahren gehen weder einer Arbeit noch einer schulischen oder beruflichen Ausbildung nach. Neben individuellen Risiken erwachsen daraus auch soziale und wirtschaftliche Belastungen für die Gesellschaft. Ein Kernproblem deutscher Bildungspolitik bleibt über alle Bildungsstufen hinweg ungelöst: Bildungserfolge hängen hierzulande noch immer zu stark von der sozialen Herkunft ab. Auf diese Weise werden die Chancen und Rechte von Kindern und Jugendlichen beschnitten und Begabungen vergeudet“, teilten die beteiligten Organisationen am 21. Juni 2023 anlässlich der letzten Kultusministerkonferenz vor der Sommerpause mit.

Den gemeinsamen Appell aller Bündnispartner und weitere Informationen gibt es unter <https://neustart-bildung-jetzt.de/>.

Deutsche Rentenversicherung Bund Sozialwahl voller Erfolg für den dbb

Das Ergebnis der Sozialwahl steht fest: Der dbb kann für die nächsten sechs Jahre in der Vertreterversammlung mitbestimmen.

Ulrich Silberbach hat das gute Abschneiden des dbb bei den Sozialwahlen 2023 bei der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Bund begrüßt. „Das Ergebnis führt dazu, dass der dbb wieder Versichertenberaterinnen und Versichertenberater benennen kann. An unsere Mitglieder appelliere ich: Melden Sie sich bei uns, wenn Sie Interesse an diesem interessanten Ehrenamt haben“, sagte der Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbands am 21. Juni 2023.

Der dbb Chef selbst war Spitzenkandidat bei der DRV Bund. Hier konnte der dbb einen Sitz in der Vertreterversammlung gewinnen. „Wir können damit den Kurs der Deutschen Rentenversicherung in den kommenden sechs Jahren

mitbestimmen und zu unserem Wahlversprechen stehen: Die Rente soll auch in Zukunft ein sicheres und auskömmliches Leben ermöglichen. Das Ergebnis konnte nur durch die Unterstützung vieler engagierter Mitglieder zu Stande kommen. Allen, die die Liste des dbb unterstützt haben, möchte ich einen herzlichen Dank aussprechen.“ Auch in weiteren gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherungen war der dbb erfolgreich und entsendet mehr Kandidatinnen und Kandidaten als jemals zuvor in die Selbstverwaltungen. „Ich gratuliere allen gewählten Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Ausübung des Ehrenamtes!“

Hintergrund zum Wahlergebnis: Rund 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger waren für die

Sozialwahl bei der DRV Bund wahlberechtigt. Davon haben circa sechseinhalb Millionen ihre Stimme abgegeben, womit die Wahlbeteiligung knapp über 22 Prozent liegt. Zum Vergleich:

2017 lag die Wahlbeteiligung knapp über 30 Prozent. Die dbb Liste erhielt 276.654 Stimmen, was 4,36 Prozent entspricht.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Sachsen

Bündnis für Bildungsfreistellung

Sachsen ist eines der letzten beiden Bundesländer, in denen es noch keine gesetzliche Regelung zur Bildungsfreistellung gibt. Ein Bündnis will das jetzt ändern.

„Getreu unserem Motto: ‚Wirkung kommt von WIR. Gemeinsam mehr erreichen.‘ haben wir uns nun in einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und gesellschaftlich engagierten Gruppen auf den Weg gemacht, um endlich Bildungszeit auch für Sachsen in einem Gesetz festzuschreiben“, hieß es am 16. Juni 2023 vom SBB. „Unser Ziel ist klar: Wir brauchen Bildungsfreistellung auch in Sachsen! Wir brauchen ein Bildungsfreistellungsgesetz!“

Aktuell bereite das Bündnis, dem auch einige SBB-Mitgliedsgewerkschaften angehören (wie komba Sachsen, vbba Sachsen, GdS Sachsen und DSTG Sachsen), einen Volksantrag vor, für den ab September die dafür notwendigen 40.000 Unterschriften gesammelt werden. Deutschland habe immerhin bereits 1974 ein internationales Übereinkommen zur Freistellung von abhängig Beschäftigten für Bildungszwecke unterzeichnet.

Bund Deutscher Forstleute (BDF)

Wegen Wetterextremen: Aufforstung gefordert

Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hat am 23. Juni 2023 darauf hingewiesen, dass verschiedene „Stellschrauben“ notwendig sind, um dem sommerlichen Hitzerrisiko und Wassermangel vorzubeugen.

Mit der ersten Sommerhitze des Jahres zeichneten sich Dürre, Waldbrandrisiko, Hitzeinseln in Städten und trockenfallende Bäche ab. Die jüngsten Starkregenfälle seien dabei nur ein Zwischenspiel.

„Unter unseren Klimabedingungen sind die Niederschläge im Winter entscheidend für die Bodenfeuchte im Sommer und die Grundwasserbildung“, sagte der BDF Bundesvorsitzende Ulrich Dohle. „Da unsere Landschaft seit vielen Jahren auf Entwässerung getrimmt wurden, müssen wir eine Aufgabenumkehr bei den zuständigen Wasser- und Bodenverbänden gesetzlich fixieren.“ Gleichzeitig weist die Forstleutevertretung darauf hin, dass die Wälder bei der Wasserrückhaltung eine wichtige Rolle spielen. „Der notwendige Waldumbau zu mehr Laubbäumen erhöht im Winter die Aufnahme von Niederschlägen und verbessert im Som-

mer die Kühlung der Umgebung durch Verdunstung der Laubblätter“, so Dohle. „Gleichzeitig müssen Forstverwaltungen und Waldbesitzer weiter daran arbeiten, den Wasserabfluss aus den Wäldern zu unterbinden und durch humusfreundliche Waldwirtschaft den Waldboden zu einem Schwamm zu machen, der viel Wasser aufnehmen kann.“

Die Wasseraufnahmefähigkeit von Wäldern und Landschaften zu verbessern, bedeute aber auch, bestehende und geplante Versiegelungen von Flächen rückgängig zu machen. Daher unterstütze der BDF-Landesverband in Baden-Württemberg beispielsweise das dortige Bündnis für einen Volksantrag gegen den Flächenverbrauch. „Versiegelte Flächen in Siedlungen und für den Verkehr sind nicht nur für die Wasserrückhaltung verloren. Wie jeder weiß, heizen sie Stadt und Land in solchen Wetterlagen wie derzeit extrem auf“, so Dohle.

„Wir müssen davon ausgehen, dass neben den gesundheitlichen Risiken, die sich bilden den Hitzeinseln über Städten auch zu einer Wegverlagerung der Niederschläge führt – ein Teufelskreis, wenn man so will.“ Daher sei für die Fachleute im BDF klar, dass sich viele Städte nur durch massive Begrünungs- und Entsiegelungsprogramme aus diesem Teufelskreis für ihre Bewohner retten könnten.

Auch wegen der hohen Kühlleistung von Wald und Bäumen solle mehr landwirtschaftliche Fläche aufgeforstet werden. Der BDF begrüße daher, das im Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz die Bundesregierung die Neuanlage von jährlich 10.000 Hektar bis 2030 anstrebt.

Deutscher Philologenverband (DPPhV) Lehrerbildung: Staatsexamen wiedereinführen

Angesichts des fortschreitenden Lehrkräftemangels sieht der DPPhV unmittelbaren Handlungsbedarf, um das deutsche Bildungssystem zukunftssicher aufzustellen.

Mit Blick auf die am 23. Juni 2023 tagende Kultusministerkonferenz (KMK) sagte die DPPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing: „Wir müssen dem Lehrkräftemangel gleichermaßen entschlossen wie qualitätssichernd entgegenreten.“

Der DPPhV verweist dabei auf folgende Maßnahmen: 1. Gerade die Bestandslehrkräfte, die qualifiziert unterrichten können und dies seit Jahren tun, müssten im Dienst gehalten, befördert und entlastet werden, damit sie nicht vorzeitig in den Ruhestand gehen.

2. In dieser äußerst schwierigen Situation müssten auch zusätzliche, alternative, berufsbegleitende Zugänge zum grundständigen Lehramtsstudium geschaffen werden. Ziel solcher Maßnahmen müsse stets eine Qualifikation auf dem Niveau eines Masterabschlusses oder eines Staatsexamens mit anschließendem Referendariat sein. Das evaluierte Berufsbegleitende Qualifizierungsprogramm für Lehrkräfte in Sachsen (BQL) stelle beispielsweise eine zielführende, etablierte Möglichkeit dar, um die zahlreichen nicht grundständig ausgebildeten Lehrkräfte auf hohem qualitativen Niveau nachzuqualifizieren. Statt jetzt an der Lehrerbildung herumzuexperimentieren und beispielsweise auf ‚duale‘ Lehramtsstudiengänge umzustellen, spricht sich der DPPhV entschieden dafür aus, in der Lehrerbildung bereits Bewährtes in dieser Krise stark zu machen. Analog zum BQL seien daher Voraussetzungen für ein berufsbegleitendes Verfahren zum Erwerb einer einem Lehramt gleichgestellten Qualifikation für das Gymnasium: Beschränkung auf Mangelfächer und Mangelbereiche; universitärer Abschluss (Staatsexamen, Master oder Diplom), aus dem sich mindestens ein Fach bzw. eine Fachrichtung ableiten lässt; ein Bachelorabschluss genügt weder für eine gymnasiale Lehrbefähigung in der Sekundarstufe I noch in der Abiturstufe; Verpflichtung zu

einem universitären berufsbegleitenden Studium für ein zweites Fach bei Vorliegen der Ableitung nur eines Faches vor Abschluss des Arbeitsvertrages; verpflichtender, mindestens zweijähriger berufsbegleitender Vorbereitungsdienst (Referendariat) mit abschließender Prüfung; Qualifizierung durch ein Studienseminar, bevor Abnahme des Abiturs möglich ist.

3. Um die benötigten Kapazitäten zu schaffen, müsse die berufsbegleitende Qualifizierung sowie die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften in das reguläre Deputat von Hochschullehrenden neu eingerechnet werden.

4. Die Einführung des BA/MA-Lehramtsstudiums habe die Studiendauer insgesamt verlängert. Die – aus Qualitätsgesichtspunkten sehr zu bemängelnde – Kürzung des Referendariats könne diese Verlängerung nicht ausgleichen, stattdessen komme es aufgrund mangelnder Kapazitäten und nicht abgestimmter Termine häufig sogar zu Wartezeiten für die angehenden Lehrkräfte. Das BA/MA-System verschärfe den Mangel also. Der DPPhV fordert zu einer Rückkehr zum Staatsexamen im Rahmen einer schulartspezifischen Lehramtsausbildung auf. Damit werde das Studium der verschiedenen Lehrämter zum einen verkürzt und zum anderen in eine bewährte, qualitätssichernde Struktur zurückgeführt.

5. Die polyvalente Lehrerbildung mit BA/MA-Abschluss provoziere durch den Bachelor-Abschluss zudem einen vorzeitigen Einsatz von angehenden Lehrkräften im regulären Schuldienst, so wie Brandenburg es vormache. Dies

sei für alle Beteiligten unzumutbar: Die „Bachelorlehrkräfte“ müssen fachlich, pädagogisch und didaktisch unvollständig vorbereitet unterrichten, während Schülerinnen und Schüler mit Bachelorlehrkräften konfrontiert seien, die sie nicht in der Weise fördern und fordern könnten,

wie dies vollständig ausgebildete Lehrkräfte könnten. Bestandslehrkräfte würden durch den Einsatz von „Bachelorlehrkräften“ zudem übermäßig durch Eingliederung und Betreuung belastet.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) Kultusministerkonferenz bei vielen Themen unter Druck

Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand sieht die Kultusministerkonferenz (KMK), die am 22. Juni 2023 über schulische Themen beraten hat, unter Druck: „Die Agenda der KMK ist lang – und sie wird überlagert von der Frage, wie in den Ländern qualitativ hochwertige Bildungsangebote aufrechterhalten werden können, während wir mit einem massiven Lehrkräftemangel konfrontiert sind.“

Hinsichtlich des Startchancenprogramms, dessen Ausgestaltung zwischen Bund und Länder diskutiert wird, sagte Brand: „Die Verteilung der Gelder muss einem Mechanismus folgen, der dazu geeignet ist, Schulen in besonders schwierigen Lagen zu unterstützen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass viele Schulen zunehmend in schwierige Lagen kommen. Dafür bedarf es der Einigung mit der Bundesebene. Die Lehrkräfte vor Ort, aber auch alle Akteure der Bildungspolitik, die diesen Prozess begleiten, haben wenig Verständnis für das öffentliche Austragen von Befindlichkeiten. Eine Einigung wird nicht in der Zeitung erreicht.“

Mit Blick auf die Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen sowie weiterer Akteure betonte der VBE Chef: „Ob Digitalisierung oder Ganztags: Politische Entscheidungen zwischen Bund und Ländern sind nicht ausreichend. Die Kommunen müssen unbedingt in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Sie sind es, die vor Ort für die Umsetzung verantwortlich sind. Und nicht nur das. Auch weitere Akteure müssen institutionalisiert hinzugezogen werden. Nachdem der Bildungsgipfel diesen Anspruch nicht ausreichend einlösen konnte, haben wir uns dem Appell zur Einberufung eines Nationalen Bildungsgipfels angeschlossen.“

Außerdem forderte Brand eine Qualitätsoffensive bei der Lehrerbildung: „Der Lehrkräftemangel spitzt sich weiter zu, hat aber noch lange nicht den Höhepunkt erreicht. Es wäre ein absolut falsches Zeichen, wenn die Qualitätsoffensive Lehrerbildung auslaufen würde. Das einzigartige Netzwerk, welches sich hier gebildet hat, wieder zu de-institutionalisieren wäre fatal. Es braucht eine Fortführung dieses Programms und die KMK muss sich dafür einsetzen – insbesondere, um Innovationen in der Lehrkräftebildung für alle pädagogischen Stadieneinrichtungen weiter zu fördern.“

Beim Thema Fremdsprachen in der Grundschule machte Brand deutlich: „Wir erwarten uns in der Frage der weiterentwickelten Bildungsstandards für die erste Fremdsprache eine Signalwirkung. Die KMK ist in der Pflicht festzustellen, dass Fremdsprachen auch in der Grundschule einen festen Platz haben. Der VBE spricht sich ganz klar dafür aus, dass zur ganzheitlichen Bildung der Kinder neben Deutsch und Mathematik, einer naturwissenschaftlichen Grundbildung und pädagogisch hochwertigen musisch-künstlerischen Angeboten auch das Erlernen einer Begegnungssprache gehört. Eine einseitige Fokussierung auf Deutsch und Mathematik würde weder der Individualität der Kinder und ihrer Bedürfnisse noch den Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht werden.“

Namen und Nachrichten

Vom 20. bis zum 22. Juni 2023 tagte in Radebeul die 23. Konferenz der Jobcenterpersonalräte. Am ersten Tag der Plenumsitzung kamen die unter dem Dach des **dbb** bei der **vbba, komba und GdS** organisierten Personalratsvorsitzenden zum traditionellen Meinungsaustausch zusammen. Eingeladen waren auch Interessensvertreter, die sich über Gewerkschaftsarbeit informieren wollen und noch unorganisiert sind. Hervorgehoben wurde, dass die dbb Fachgewerkschaften künftig gemeinsam die Entscheidungen der Politik und der Träger wollen. Ziele sind dabei, die Arbeit der Geschäftsführungen kritisch und konstruktiv zu hinterfragen sowie Missstände,

soziale Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen innerhalb der Jobcenter aufzeigen und initiativ die Verbesserung der persönlichen und sozialen Arbeitsbedingungen mitzugestalten. Außerdem wurden die anstehenden Personalratswahlen 2024 besprochen. Lebhaft diskutiert wurden Strategien, den Mehrwert von Personalratsarbeit positiv gegenüber den Beschäftigten darzustellen und Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit im Personalrat zu gewinnen. Schließlich wurde sich auch darüber ausgetauscht, wie man regional die Präsenz der Gewerkschaften in den Dienststellen, insbesondere im Hinblick auf die Teilnahme an Personalversammlungen, verbessern kann.

Termine:

15. August 2023

Vorstellung **dbb Bürgerbefragung 2023**

18.- 19. September 2023

14. Forum Personalvertretungsrecht

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

3. Bundesseniorenkongress

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).
